

Sonntagskommentar 9. Mai 2021

Johann („Joke“) Müller, der Bruder meines Vaters, fiel in den ersten Tagen des Überfalls auf die Sowjetunion. Er war ein einfacher Maurer, der mit den imperialistischen Kriegszielen von NS-Deutschland bestimmt nichts gemein hatte. Semjon Makarow, der Vater meiner Frau, kämpfte im Großen vaterländischen Krieg als Offizier der Roten Armee. Soweit zur Familiengeschichte.

„Nie wieder Krieg“ ist eine Lehre aus diesem Krieg. Dabei wird aber häufig vergessen, dass es seit 1945 viele Kriege gab, die von den USA und einigen Nato-Staaten ausgingen. An zwei dieser Kriege war auch Deutschland beteiligt. 1999 begann der Angriffskrieg gegen Serbien unter deutscher Beteiligung. Ich, Hermann Johann Müller, bin deshalb aus der SPD ausgetreten. 2001 begann der Krieg der NATO gegen Afghanistan. Auch durch NATO-Waffen wurde das Land zerstört. Auf Zivilisten wurde kaum Rücksicht genommen. „Weit über 100 000 Menschen wurden durch den Krieg in Afghanistan getötet“ (Todenhöfer 2020 S. 159), „In kaum einem Land leiden so viele Kinder unter fünf Jahren an schwerster Mangelernährung. Bei der Säuglingssterblichkeit liegt Afghanistan laut CIA weltweit auf Platz eins. Korruption, Drogenproduktion und Kriminalität sind explodiert.“ (Todenhöfer 2020 S. 159) Am letzten Irak-Krieg war Deutschland nicht beteiligt, aber Frau Merkel hat dafür geworben

In all diesen Kriegen geht es nicht um „Werte“ sondern um militärische Macht (geo-strategisch) wirtschaftliche Vorherrschaft und Ausbeutung. Es sind imperialistische Ziele.

Die Verbrechen des NS-Staates waren so groß, dass eine Gleichsetzung mit anderen Kriegen sich verbietet. Aber man sollte nicht nur den imperialistischen Krieg NS-Deutschlands verurteilen, sondern jeden imperialistischen Krieg. Dort werden Städte, Dörfer und Menschen vernichtet. Ich sage: Aber nicht in meinem Namen. Anti-Imperialismus ist Klassenkampf. Imperialismus und Rassismus gehören zusammen. Der Kolonialismus wurde rassistisch begründet. Aber auch heute noch, scheinen Nicht-Weiße nicht den Kriegebitten weniger zu zählen. „Ex-Präsident Hamid Karzei sagte der Washington Post in einem zornigen Interview: ‚Die Afghanen starben in einem Krieg, der nicht unser Krieg war (...) Wie kann das unser Krieg sein, wenn ein US-Flugzeug einen Lastwagen bombardiert, der eine Familie transportiert? Würden Sie in einem amerikanischen Dorf zur Bekämpfung eines Terroristen eine Familie in Grund und Boden bomben? (...) Richten Sie dem amerikanischen Volk meine Grüße aus (...) Und der US-Regierung meine Wut, meine extreme Wut‘“ (Todenhöfer 2020 S. 159/160)

Zum Gedenken

Johann Müller 1919 - 1941

2. Mai 2021

Pandemie-Demokratie

„Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.“ An dieses Zitat von Walter Ulbricht mußte ich öfters denken, wenn ich die Pandemiepolitik in Deutschland und die Berichterstattung darüber in den Medien betrachte. „Demokratisches Aussehen“ das kann man

heute besser als zu DDR-Zeiten, aber um Linientreue geht es hier auch. Kein Politbüro legte die Linie fest. Diese Aufgabe übernahm zunächst die Bundesregierung und das RKI, später kamen Landesregierungen dazu. Wie damals in der DDR wurde nun die Linie von den Medien verbreitet. Damals wurden Andersdenkende als „Klassenfeinde“ oder „Trotzkisten“ weggesperrt. Heute werden die Andersdenkenden („Querdenker“ „Verschwörungstheoretiker“) nur diffamiert. Einige müssen vielleicht berufliche Nachteile befürchten, aber keine Freiheitsstrafe. Es gibt also durchaus Unterschiede.

Das Internet ist nicht nur gefährlich für Diktaturen, sondern auch bei einem autoritären Regierungsstil. Ein Beispiel ist die Pandemie-Politik in Deutschland. Da hat eine Gruppe von Schauspielerinnen und Schauspielern eine Seite unter dem Titel „alles dichtmachen“ ins Netz gestellt. Es waren keine „Corona-Leugner“, ich glaube auch nicht, dass einer von ihnen in der AFD oder einer rechtsradikalen Gruppe ist. Die Gruppe hat die Berichterstattung zur Pandemie und die Politik ironisiert. („Verzweifeln Sie ruhig, aber zweifeln Sie nicht“) Offenbar fühlten sich viele Journalisten und Journalistinnen getroffen. Jedenfalls war der Aufschrei laut. Einige Mitglieder aus der Gruppe „alles dichtmachen“ bekamen Angst und zogen ihre Beiträge zurück. Die Medien suchten nach dunklen Hintermännern. Ist das nicht auch eine Verschwörungstheorie?

Zweifel gehören zur Wissenschaft. Einiges ist zunächst Hypothese oder Theorie, die zu prüfen ist. Das gilt für die Naturwissenschaften wie für die Sozialwissenschaften. Besonders gilt es für statistische Untersuchungen. Welchen Status bestimmte Aussagen des RKI haben kann in der Wissenschaft also durchaus umstritten sein. Für mich als Sozialforscher war das selbstverständlich und Kolleginnen und Kollegen, die Zweifel hatten wurden respektiert. Während der Pandemie mußte man nun erleben, dass einige Medien über Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, die anderer Meinung waren regelrecht herfielen. Weder „die Partei“ hat immer recht, noch das RKI und die Bundesregierung.

Gefährden die „Querdenker“ die „Staatssicherheit“? Dass sie bei ihren Demonstrationen das Virus verbreitet haben, ist eine Hypothese, die nicht stichhaltig geprüft wurde. Pflegeheime und große Schlachthöfe waren wohl eher Hot-Spots. In einer Fabrik in Ostdeutschland wurde von 2000 Mitarbeitenden 200 infiziert. Auch wäre das keine Gefährdung der Staatssicherheit. Nun wird der Verfassungsschutz eingeschaltet. Indem man das bekannt gibt, werden einige abgeschreckt. Einige sagen: „Da darf man nicht hingehen, weil dort auch Rechtsextreme sind, oder man muss diese Rechten gewaltsam ausgrenzen.“ Von Straßenschlachten halte ich nichts, schon gar nicht während der Pandemie. Wenn man eine Demonstration diskreditieren will, muss man die „Rechten“ dorthin locken.

Ich bin kein „Querdenker“. Ich halte mich an die Regeln. Die Pandemie ist wirklich gefährlich. Ich bin auch kein „Verschwörungstheoretiker“. Solche Theorien gab es bei Seuchen im Mittelalter. Ich glaube auch, dass man mit sehr harten Lockdowns, die Pandemie verlangsamen kann. Dieser Lockdown ist aber nicht wirklich hart, sondern nur hart für einzelne Gruppen, während er für andere weich ist. Ich gehe nicht auf Demonstrationen von Querdenkern. Es gibt aber Kritiker, die sich Sorgen um ihre berufliche Zukunft und/oder die Zukunft ihrer Kinder. Es gibt nicht den einen richtigen Weg.

Dass wir nicht wie mündige Bürgerinnen und Bürger behandelt werden, hat auch mit unserem politischen System zu tun. Schon Karl Jaspers hat kritisiert: „Demokratie heißt Selbsterziehung und Information des Volkes. Es lernt nachdenken. Es Weiß, was geschieht. Es urteilt. Die Demokratie

befördert ständig den Prozess der Aufklärung. Parteienoligarchie dagegen heißt: Verachtung des Volkes. Sie neigt dazu, dem Volk Informationen vorzuenthalten. Man will es lieber dumm sein lassen. Das Volk braucht auch die Ziele, die die Oligarchie jeweils hat, wenn sie überhaupt welche hat, nicht zu kennen. Man kann ihm stattdessen erregende Phrasen, allgemeine Redensarten, pompöse Moralforderungen und dergleichen vorsetzen. Es befindet sich ständig in der Passivität seiner Gewohnheiten, seiner Emotionen, seiner ungeprüften Zufallsmeinungen. Die gemeinsame Schamlosigkeit der Parteienoligarchie spürt sich selber nicht“ (Karl Jaspers)

Jaspers, Karl (1966). *Wohin treibt die Bundesrepublik? Tatsachen, Gefahren, Chancen*, München

Laschet oder Baerbock 25. April

In den Umfragen hat die CDU/CSU noch einen Vorsprung vor den Grünen. Das kann sich aber bis zum 26. September ändern. Im Mai und Juni 2020 stand die CDU/CSU noch bei 40 %, jetzt sind es zwischen 24 % und 27 %.

Zunächst wird viel davon abhängen, wie die Bevölkerung die Pandemie-Politik beurteilt. Es ist abzusehen, dass auch das neue Bundesgesetz nicht ausreichen wird, um die Inzidenz dauerhaft unter 100 zu bringen. Was dann? Im Juni wird in Sachsen-Anhalt gewählt. Bis dahin könnte deutlich werden, dass diese Politik gescheitert ist. Wird die Bundesregierung dann ihr eigenes Gesetz ignorieren? Fällt dann die heilige 100 der Bundesregierung? Wenn sie das nicht tut, ist eine riesige Pleitewelle zu erwarten.

Im Sommer 2021 könnten die Schäden dieser Politik deutlicher werden. Was nutzt ist, wenn die Gastwirte, die Restaurantbesitzer, die Kellner, Verkäuferinnen etc. zwar kein Corona hatten, aber arbeitslos oder Pleite sind. Das Schuljahr 20/21 kann man wahrscheinlich jetzt schon abschreiben. Das gilt selbst dann, wenn aufgrund der Impfungen die Zahlen im Juni heruntergehen.

Vielleicht bin ich zu pessimistisch. Aber es ist möglich, dass im Juli oder August eine harte Wirtschaftskrise kommt. „Die Lage war noch nie so ernst“ (Adenauer)

Daher ist es durchaus möglich, dass die Grünen die stärkste Partei werden. Offen ist also noch, ob Frau Baerbock Kanzlerin wird oder Herr Laschet Kanzler. Aber das Problem liegt dann woanders. Die Grünen werden dann liefern müssen und das in einer Wirtschaftskrise. Wenn man gute ökologische Politik machen will, bedeutet das für die Unternehmen harte Einschnitte. Die CDU/CSU müsste da mitmachen. „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“, das geht nicht. 2022 sind vier Landtagswahlen, bei denen die Grünen abgestraft werden könnten.

Aber nehmen wir an, dass die CDU ein paar Prozent mehr hat und den Kanzler stellt. Das Dilemma zwischen unternehmerfreundlicher und ökologischer Politik wäre das gleiche.

Kommt es wirklich auf den Kanzler oder die Kanzlerin an?

Zum Abzug auf Afghanistan : Ende der Kriegsverbrechen?: 18.April 2021

1975 endete der Vietnamkrieg. Der Angriffskrieg der USA gegen Vietnam ist wohl eines der größten Kriegsverbrechen nach 1945. In den Jahren 1966 und 1967 fand dazu das Vietnam-Tribunal statt, das auch nach einem seiner Initiatoren Bertrand Russell auch Russell-Tribunal genannt wurde. Das Tribunal orientierte sich an den Nürnberger Prozessen gegen Führungspersonen des NS-Staates.

Dieselben Prinzipien, nach denen damals die Täter verurteilt wurden, wurden auch auf den Vietnamkrieg angewandt. Jean-Paul Sartre sagte hierzu:

„Das Nürnberger Gericht ist ohne Zweifel, das ist die doppelbödige Wirklichkeit, aus dem Recht des Stärkeren geboren, aber es eröffnet eine Zukunft, weil sie eine Präzedenz schafft, das Embryo einer Tradition (Russell, Sartre 1968, S. 15)

Ein Afghanistan-Tribunal wird es wohl nicht geben. Aber ich hoffe auf ein Ende der Kriegsverbrechen durch die USA.

1979 marschierten sowjetische Truppen in Afghanistan ein und gingen damit in eine Falle, die der CIA gestellt hatte. Die USA und Saudi-Arabien unterstützten radikal-islamische Gruppen gegen die Sowjetunion. Die UdSSR verlor den Krieg, aber damit war auch den Grundstein gelegt für Al Kaida und andere islamisch-terroristische Gruppen. (vgl. Lüders 2018 S. 23 – 35) Vor 2001 kontrollierten die radikal- islamischen Taliban 90 % von Afghanistan.

Offiziell begründet wurde der Krieg mit den Anschlägen in den USA. Aber der Überfall auf Afghanistan war schon vorher geplant. Gerechtfertigt wurde der Krieg mit der Befreiung der Völker Afghanistans. 22. Dezember 2001 im Bundestag: „Der damalige Fraktionschef Wolfgang Gerhardt jubelte: ‚Ja, das ist ein großer Tag für Afghanistan. Er gibt den Menschen dort, insbesondere den Frauen, die Menschenwürde zurück.‘“ (Todenhöfer 2020, S. 154) „Daher hier einige Fakten zur Lage: Zwei Drittel der afghanischen Mädchen gehen heute laut Unicef und Human Rights Watch nach wie vor nicht zur Schule.“ (Todenhöfer 2020, S. 155)

„Ich sehe die Gesichter der Kinder von Kundus, denen ich in Afghanistan ein Waisenhaus gebaut habe. Sie hatten ihre Väter, Onkel, Brüder durch einen NATO-Luftangriff verloren, den ein überforderter Bundeswehr-Oberst befohlen hatte. Der Angriff über hundert unschuldige Afghanen getötet. Der deutsche Oberst wurde zum General befördert. Wie soll ich das den Kindern von Kundus erklären“ (Todenhöfer 2020, S. 152/153)

Die internationale medizinische Organisation Ärzte ohne Grenzen verurteilt die schrecklichen Luftangriffe auf das Krankenhaus der Organisation in Kundus aufs Schärfste. Zwölf Mitarbeiter und mindestens zehn Patienten, darunter drei Kinder, wurden dabei getötet – 37 Menschen, darunter 19 Mitarbeiter, wurden verletzt. Dieser Angriff stellt eine schwere Verletzung internationalen humanitären Rechts dar.

Die USA und die NATO führen nun 19 Jahre Krieg in Afghanistan. Was wurde erreicht?

„In sechzig Prozent der Distrikte sind die Taliban heute wieder präsent“ (Todenhöfer 2020 S. 159)

„Weit über 100 000 Menschen wurden durch den Krieg in Afghanistan getötet“ (Todenhöfer 2020 S. 159)

„In kaum einem Land leiden so viele Kinder unter fünf Jahren an schwerster Mangelernährung. Bei der Säuglingssterblichkeit liegt Afghanistan laut CIA weltweit auf Platz eins. Korruption, Drogenproduktion und Kriminalität sind explodiert.“ (Todenhöfer 2020 S. 159)

„Ex-Präsident Hamid Karzai sagte der Washington Post in einem zornigen Interview: ‚Die Afghanen starben in einem Krieg, der nicht unser Krieg war (...) Wie kann das unser Krieg sein, wenn ein US-Flugzeug einen Lastwagen bombardiert, der eine Familie transportiert? Würden Sie in einem

amerikanischen Dorf zur Bekämpfung eines Terroristen eine Familie in Grund und Boden bomben? (...) Richten Sie dem amerikanischen Volk meine Grüße aus (...) Und der Us-Regierung meine Wut, meine extreme Wut“ (Todenhöfer 2020 S. 159/160)

Man kann sich kaum vorstellen, dass die USA ein Dorf in Deutschland bombardieren würde, wenn sich dort ein paar Terroristen aufhalten. Aber das Leben afghanischer Zivilisten zählt wohl weniger. Auch das ist Rassismus.

Literatur

Hamm, Bernd (2017) Das Ende der Demokratie – wie wir sie kennen, in: Mies, Ullrich; Wernicke, Jens, Fassadendemokratie und Tiefer Staat, Wien, S. 27 – 46

Krämer, Ralf (2015) Kapitalismus verstehen, Einführung in die Politische Ökonomie der Gegenwart, Hamburg: VSA

Lüders, Michael (2017) Die den Sturm ernten. Wie der Westen Syrien ins Chaos stürzte, München: C.H. Beck

Lüders, Michael (2018²⁸) Wer den Wind sät. Was westliche Politik im Orient anrichtet, München: C.H. Beck

Russell, Bertrand; Sartre Jean-Paul (1968) Das Vietnam-Tribunal oder Amerika vor Gericht. Reinbeck bei Hamburg

Todenhöfer, Jürgen (2020), Die große Heuchelei. Wie Politik und Medien unsere Werte verraten, Berlin: Ullstein

Sonntagskommentar :11. April 2021-

Maßnahmen gegen die Pandemie und Interessen

Die EMA hat AstraZeneca als Impfstoff für Alle empfohlen: Der Nutzen sei höher als die Risiken. Aus der Herdenperspektive hat sie recht. Der Hirte würde seine Herde gegen eine Tiersuche impfen lassen. Selbst wenn er dabei ein paar Schafe verliert, ist der Schutz der Herde wichtiger. Aber gilt das auch für den Einzelfall? Für junge Frauen ist das Risiko, an Covid 19 schwer zu erkranken, auch gering. Wenn man an einer Hirnvenenthrombose erkrankt, nützt es wenig, wenn man gesagt bekommt: „Aber das Risiko war doch gering!“ Auch wenn das Risiko eines Unfalls gering ist, kann es doch zu Unfällen kommen.

Veröffentliche Sozialdaten zur Infektion gibt es kaum. Möglich ist auch, dass solche Daten unter Verschluss gehalten werden. Auffällig ist, dass nach Wochenenden und Feiertagen in Infektionszahlen sinken. Die Medien erklären das damit, dass an Wochenenden weniger getestet werde. Möglich ist aber auch: Berufliche Kontakte sind ansteckender als private Kontakte. Berufliche Kontakte herunter zu fahren, widerspräche aber den Interessen der Wirtschaft. Aerosole mit Viren entstehen vor allem in Innenräumen. Beschränkungen in Kindergärten und Schulen sind dagegen leichter durchsetzbar. In einigen deutschen Landkreisen in der Nähe Tschechiens sind die Inzidenzen ziemlich hoch. Liegt das daran, dass die Grenzen eben nicht für Alle dicht sind? Es gibt Berufspendler, Transporte und Dienstreisen. Das sind Hypothesen, die man prüfen könnte, wenn man mehr Sozialdaten hätte. Oder gibt es Zusammenhänge, von denen das Volk nichts wissen soll?

Also: Nachdenken statt Querdenken oder alles glauben, was Politik und Medien sagen.